

Euro-Krise | 03.08.2016 | Lesezeit 3 Min.

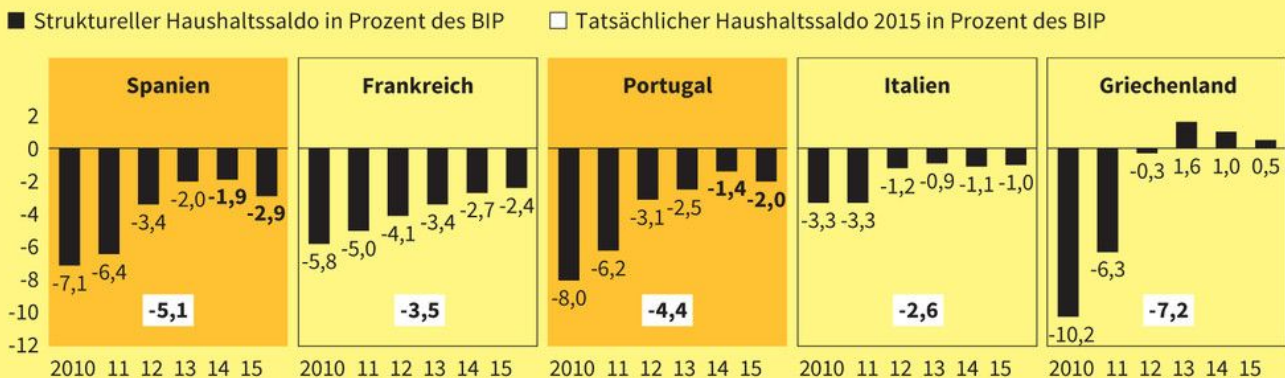
Ungestrafte Defizitsünder

Theoretisch hat die EU den Euro-Stabilitätspakt als Lehre aus der Krise verschärft. In der Praxis ist die Kommission im Fall von Spanien und Portugal einmal mehr vor ihrer eigenen Courage zurückgeschreckt.

Wer den Euro will, muss den Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten. Punkt. Punkt? Keine Regel ohne Ausnahme, das demonstriert einmal mehr die jüngste Entscheidung der EU-Kommission zu den möglichen Sanktionen gegen die Defizitsünder Portugal und Spanien: Es wird keine Strafe geben. Zur Diskussion steht lediglich noch das Einfrieren oder Kürzen von Fördergeldern aus den EU-Strukturfonds. Und das, obwohl beide Länder das Defizitkriterium, das die jährliche Neuverschuldung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) begrenzt, 2015 deutlich verfehlt haben: Der spanische Staatshaushalt lag mit 5,1 Prozent des BIP im Minus, der portugiesische mit 4,4 Prozent.

Defizitsünder: Gelbe Karte für Spanien und Portugal

Die EU-Finanzminister haben auf Empfehlung der EU-Kommission das Defizitverfahren gegen Portugal und Spanien verschärft und so die Tür für Sanktionen geöffnet. Der Grund dafür ist das steigende strukturelle Haushaltsdefizit in den beiden iberischen Ländern. Weil es in den übrigen südeuropäischen Krisenstaaten und Frankreich rückläufig war, wurden diese Länder trotz ihres (zu) hohen faktischen Haushaltsdefizits großzügiger behandelt und nicht gerügt.



Struktureller Haushaltssaldo: um Konjunkturreffekte bereinigt

Quelle: EU-Kommission
© 2016 IW Medien / iwd 27

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Aus ökonomischer Sicht hätte manches dafür gesprochen, jene mögliche Geldbuße von bis zu 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts tatsächlich zu verhängen. Denn weder Spanien noch Portugal können ihr Haushaltsloch mit einer schwachen Wirtschaft begründen, sondern haben schlicht und einfach nicht weiter konsolidiert, wie das um Konjunkturreffekte bereinigte Defizit zeigt (Grafik):

Spaniens struktureller Haushaltssaldo lag 2015 bei -2,9 Prozent des BIP und ist damit gegenüber 2014 einen ganzen Prozentpunkt weiter ins Minus gerutscht.

Portugals strukturelles Defizit verschlechterte sich von -1,4 auf -2,0 Prozent der Wirtschaftsleistung. Damit schlagen sich die beiden iberischen Länder sogar schlechter als EU-Sorgenkind Griechenland: Die Hellenen häuften 2015 zwar de facto neue Schulden von 7,2 Prozent des BIP an, können das aber mit Fug und Recht ihrer miserablen Konjunktur zuschreiben – und den Ausgaben für die Bankenrettung. Gespart haben die Griechen durchaus, wie ihr positiver struktureller Haushaltssaldo von immerhin 0,5 Prozent 2015 und 1,0 Prozent 2014 erkennen lässt.

Weder Spanien noch Portugal können ihr Haushaltsloch mit einer schwachen Wirtschaft begründen, sondern haben einfach nicht weiter konsolidiert.

Auch Frankreich und Italien stehen nicht gerade rosig da, haben ihr strukturelles Defizit aber wenigstens leicht reduziert und kamen deshalb ohne Verschärfung des Defizitverfahrens und damit ohne Sanktionen davon.

Warum die Kommission Gnade walten lässt

Dass die Spanier und die Portugiesen trotz offensichtlicher Versäumnisse mit ihrer Bitte um Straffreiheit bei der EU-Kommission auf Gehör gestoßen sind, hat zwei Gründe:

1. Ökonomische Fortschritte in der Vergangenheit. Von 2010 bis 2013 haben beide Länder eine beachtliche Konsolidierungsleistung erbracht und Strukturreformen umgesetzt, sie lassen zum Beispiel mehr Wettbewerb auf den Produktmärkten zu, haben den Kündigungsschutz gelockert und erlauben Betrieben mit wirtschaftlichen Problemen mehr Flexibilität bei der Festsetzung von Löhnen und Arbeitszeiten. Folgerichtig konnte sich das Wirtschaftswachstum durchaus sehen lassen:

Das portugiesische Bruttoinlandsprodukt legte 2015 um 1,5 Prozent zu, das spanische sogar um 3,2 Prozent.

2. Politische Risiken in der Zukunft. Dank der wieder wachsenden Wirtschaft hat es zwar auch auf dem Arbeitsmarkt ordentliche Fortschritte gegeben, allerdings ist die Arbeitslosigkeit auf der iberischen Halbinsel nach wie vor hoch: Spanien hatte 2015 eine Arbeitslosenquote von 22,1 und Portugal von 12,6 Prozent. Der Unmut in der Bevölkerung nimmt deshalb zu. Weil der Aufschwung noch nicht so recht bei ihnen ankommt, sind die Menschen reformmüde. Das spiegelte sich sowohl in Spanien als auch in Portugal bei den jüngsten Wahlen wider, bei denen EU- und reformskeptische Parteien Zulauf hatten. Brüssel will wohl auch deshalb auf Defizit-Sanktionen verzichten, um dem europaweit grassierenden Links- und Rechtspopulismus nicht weiter Vorschub zu leisten.

Die EU-Kommission hat mit Portugal und Spanien möglicherweise einen Präzedenzfall geschaffen, der die verschärften europäischen Stabilitätsregeln dauerhaft schwächt.

Stattdessen hat die Kommission Portugal und Spanien lediglich neue Konsolidierungspfade vorgeschrieben, die beide Länder bis Oktober umsetzen müssen. Ob sie das schaffen, ist die eine Sache - die andere große Frage ist, ob die EU-Kommission hier nicht einen Präzedenzfall geschaffen hat, der die verschärften europäischen Stabilitätsregeln dauerhaft schwächt.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der Euro-Stabilitätspakt soll sicherstellen, dass die Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion ihren Staatshaushalt solide führen und sich nicht übermäßig verschulden, weil ein solches Verhalten die gemeinsame Währung schwächen könnte und im Zweifel auf Kosten der Partnerländer geht. Deshalb darf das jährliche Defizit nicht höher ausfallen als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), mittelfristig soll der Haushalt ausgeglichen sein und die gesamte Staatsverschuldung darf 60 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen.

Die beiden Schwellenwerte muss jedes Land einhalten, bevor es den Euro einführen darf, so verlangen es die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrags von 1992. Nach dem Beitritt zur Europäischen Währungsunion greift dann automatisch der 1997 im EU-Vertrag von Amsterdam festgeschriebene Stabilitäts- und Wachstumspakt. Er wurde 2011 und 2013 als Folge der europäischen Staatsschuldenkrise verschärft. Unter anderem hat die EU-Kommission mehr Macht bekommen. Wenn sie zum Beispiel im Zuge einer Verschärfung des Defizitverfahrens Sanktionen von bis zu 0,2 Prozent des BIP gegen ein Land empfiehlt, kann der Rat der Euro-Finanzminister diese Strafe nur noch mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit abwenden. Das betroffene Land darf nicht mit abstimmen. Vorher war im Rat eine Zwei-Drittel-Mehrheit für Sanktionen nötig - und diese kam oft genug nicht zustande. Wie sich nun allerdings im Fall von Portugal und Spanien gezeigt hat, können die Sanktionen auch schon eine Stufe vorher bei der EU-Kommission hängen bleiben.

Kernaussagen in Kürze:

- Das Haushaltsdefizit von Spanien und Portugal überstieg 2015 die 3-Prozent-Grenze, auch der um Konjunkturreffekte bereinigte Haushaltssaldo ist weiter ins Minus gerutscht.
- Deshalb wurde für beide Länder das Defizitverfahren verschärft, die EU-Kommission verzichtete trotzdem auf eine Geldbuße.
- Aus Sicht von Portugal und Spanien kann man diese Entscheidung rechtfertigen, sie schwächt jedoch den Euro-Stabilitätspakt.